



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 27.03.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Dan-news.info: Erklärung des Leiters der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen, des Sprechers des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) Die Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass wird im April zwei Treffen durchführen.

„Geplant sind zwei Treffen – am 6. und am 20. April“, sagte Puschilin. „Wie gewöhnlich wird die politische Untergruppe zwei Tage tagen, die übrigen einen“.

Puschilin bemerkte, dass die Tagesordnung der Treffen der Kontaktgruppe und der thematischen Untergruppen im Ganzen die frühere bleibt.

„Ich gehe nicht davon aus, dass es Änderungen geben wird. Gleichwohl sind die Positionen der Seiten klar. Es gibt die Meinung, die wir und Gryslow unterstützen: das ist die Position von Steinmeier, dass es notwendig ist Wahlen bis zum Juli dieses Jahres durchzuführen. Was tatsächlich sein wird, wird die Zeit zeigen“, sagte der Leiter der Delegation der DVR.

Die Führungen der DVR und der LVR rechnen nicht damit, dass eine Erfüllung des Minsker Vereinbarungen im Teil der Annahme eines Amnestiegesetzes durch die Ukraine ihnen selbst eine Immunität garantiert.

„In diesem Teil haben wir nicht die Hoffnung, dass das die Oberhäupter und die Staatsorgane der DVR und der LVR betreffen wird“, sagte der Sprecher des Parlaments. „Selbst wenn sie diese Gesetze annehmen, wird uns das nicht betreffen. Aber für uns hat der Schutz unserer Bürger Vorrang“.

Die DVR hofft, dass die Weltöffentlichkeit adäquat auf die von Kiew vorgebrachte Idee über eine Anwendung einer Schuldvermutung gegenüber den Teilnehmern des Konflikts im Donbass reagiert.

„Das ist Unsinn, wenn die OSZE und die Vertreter der Weltöffentlichkeit eine solche Verletzung der Rechte der Menschen und aller Konventionen bemerken, wenn die Ukraine vorschlägt, alle als schuldig zu betrachten“, sagte der Sprecher des Parlamentes.

Er sagte, dass Autor dieser Idee Roman Bessmertnyj ist, „der sich schon durch lächerliche Erklärungen ausgezeichnet hat, aber trotzdem wie zuvor Vertreter Poroschenkos in der politischen Untergruppe bleibt“.

„Da kann man nur die Arme ausbreiten und eine entsprechende Reaktion der Weltöffentlichkeit abwarten. Ob wir diese erreichen oder nicht – wird die Zeit zeigen“, fasste Puschilin zusammen.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts der Ukraine bezüglich des Rechts der Obersten Rada, Änderungen an der Verfassung auf jeder Sitzung zu beschließen, wirkt sich nicht positiv auf die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen aus.

„Dies ist nicht positiv, dies ist ein gegebenes Fakt und auch noch eine Ausrede. Jetzt ist alles klar: wenn sie etwas ändern wollen, wird dies möglich sein“, sagte Puschilin. Nach seinen Worten sucht die ukrainische Seite bei den Verhandlungen zur friedlichen Regelung fortgesetzt Rechtfertigungen, um die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu verschieben.

„Die ukrainischen Vertreter in der politischen Untergruppe rechtfertigen sich damit, dass es für sie schwer sei die Minsker Vereinbarungen zu realisieren: angeblich wird die Oberste Rada auf keinen

Fall für diese Gesetze stimmen – den besonderen Status, die Amnestie“, erklärte Puschilin. „Aber das ist eine Lüge. Wenn sie es brauchen, stimmen sie ab – senken die Renten und erhöhen das Rentenalter“.